



DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG

— Pressedienst —

5300 Bonn 1 14.4.90
Bundeshaus

Pressemitteilung Nr. 342/90

Jut

GRÜNE BESORGT ÜBER DIE ENTWICKLUNG IN DEN KURDISCHEN PROVINZEN DER TÜRKEI

Anlässlich der Verhängung des Ausnahmezustandes in Kurdistan durch die türkische Regierung schrieb **Karitas Hensel**, MdB DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG, einen Brief mit folgendem Wortlaut an den Staatspräsidenten der Türkei, Turgut Özal:

Bonn, den 13.4.1990

Herr Staatspräsident Özal !

Mit großer Besorgnis und Bestürzung wird in der Bundesrepublik Deutschland die von Ihnen ausgelöste politische Entwicklung in den kurdischen Provinzen Ihres Landes zur Kenntnis genommen.

Ihr Vorgehen gegen die kurdische Bevölkerung wird von den GRÜNEN im Bundestag scharf kritisiert.

1. Als Unterzeichner der UN-Menschenrechtskonvention werden Sie aufgefordert, Menschenrechte in Ihrem Land zu achten und zu wahren und Meinungspluralismus als Fundament einer funktionierenden Demokratie zu verstehen.

Dagegen steht Ihre Politik der Einschränkung von bürgerlichen Rechten und Freiheit und damit die Aushebelung von verfassungsmäßigen Rechten der Menschen Ihres Landes.

Dagegen steht Ihre Politik der Pressezensur bis hin zu körperlichen Mißhandlungen an Pressevertretern, die in Ihrem Lande noch den Mut für eine ehrliche Berichterstattung aufbringen.

Dagegen steht Ihre Politik, das Parlament nicht als vom Volk gewähltes demokratisches Entscheidungsgremium zu betrachten, sondern das Kabinett mit der Beschneidung von demokratischen Grundrechten zu befassen.

Dagegen steht Ihre Politik, künftig Denunzianten und sogenannte "Reumütige" mit Staatsgeldern zu belohnen. Sie streuen damit den Samen der Angst, des Mißtrauens und der Mißachtung unter den Menschen Ihres Volkes aus.

2. Wir betrachten dies nicht als eine interne Angelegenheit der Türkei. Als Demokraten werden wir weiterhin für den Schutz der Menschenrechte, der bürgerlichen Rechte und Freiheiten und gegen undemokratische Staatsführungen in der ganzen Welt politisch kämpfen.

Herausgeber: **DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG** • Bundeshaus • 5300 Bonn

Telefon: (02 28) 16 72 12, 16 72 13, 16 54 39, 16 90 91 • Telex: 8 85 598 gruen d, Telefax: 16 49 62

Verantwortlich: Sibylle Kögel, Franz Stänner, (Pressesprecher/in)

3. Folgende Maßnahmen werden wir gegen Ihre menschenverachtende Politik ergreifen :
- * Wir wenden uns an die UN-Menschenrechtskommission und werden diese auffordern, die Gefängnisse und die Folterkammern in Ihrem Lande zu besuchen.
 - * Im Deutschen Bundestag haben wir eine Sondersitzung des Auswärtigen Ausschusses beantragt. Wir werden eine Diskussion über den Abbruch der diplomatischen und militärischen Beziehungen zur Türkei beginnen.
Wir werden uns verstärkt um die Einstellung der militärischen Rüstungshilfe für die Türkei bemühen.

Sollten Sie Ihre menschenverachtende Politik fortsetzen und nicht zur Rückkehr demokratischer Grundprinzipien bereit sein, werden wir zu einem groß angelegten Tourismusboykott gegen die Türkei aufrufen.

Karitas Hensel, MdB

Karitas Hensel

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV